

Neuangebilde  
Menschen...  
Die Aufnahme von...  
Wissenschaften...

# Dresdner Nachrichten

Reizende weiche Schlafrocke!  
Schlafrock - Meyer, nur Frauenstr. 7

Simon's  
**Annen-Hof**  
Dresden  
Vorzügliches  
Mittelstands-Hotel  
für Geschäfts- und  
Vergnügungs- Reisende,  
Familien und Touristen.  
Mässige Preise.  
Gutes Restaurant  
Pilsener Actienbiererei.

Reine alte Kornbranntweine  
(Spezialität)  
**ff. alter 1860er Korn**  
in Originalflaschen.  
Dresdner Presshefen- und Kornsprittus-Fabrik  
besitzt J. L. Bramsch.  
Friedrichstrasse 52, Wilsdruffer Strasse 35.

MATTONI'S  
**GISSHÜBLER**  
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,  
erprobt bei Hatten, Hainbühl,  
Keltica, Magen- u. Nierenleiden.  
HEINRICH MATTONI  
in Glesshölz-Puchstein b. Karlsbad.

**B. Rammer, Damenschneiderin,**  
Dresden-Altst., Marschallstrasse 42, II.  
empfiehlt sich der geehrten Damenwelt.  
Garantie für Passen, e Bedienung prompt.  
Preise solid.

**Regenschirme** in grösster Auswahl zu billigsten Preisen. **Schirmfabrik C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17.**  
Annenstr. 9 (Stadthaus).  
Donnerstag, 23. Dezember 1897.

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten“ ist es notwendig, die Bestellungen auf das erste Vierteljahr 1898 bei dem betreffenden Postamt sofort bewirken zu lassen, da andernfalls auf unzeitige Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte. Die Bestellungen betreffen bei dem Kaiserl. Postamt in Dresden, Friedrichstrasse 2, Markt 75 Pl., in Leipzig, Leipzigstrasse 2, Markt 53 Pl., und in Breslau, Markt 75 Pl., mit entsprechendem Postaufschlag.

ausdrücklich sind. Weil nämlich diese Gruppen keine Vertretung in dem neugebildeten Kabinete gefunden hatten, stimmten sie von vornherein gegen die Regierung, keineswegs aber aus Meinungsverschiedenheiten wegen des Regierungsprogramms, das in der Hauptsache dasselbe sein würde, wenn sie selbst in den Besitz der Regierungsmacht gelangt wären. Vergleicht man die Zusammensetzung der Regierung und der Opposition, so ergibt sich, dass die Opposition nur eine persönliche ist. Die Minorität besteht aus Gruppen der Rechten, des Centrums und der Linken, zu der sich das Publikum der Sozialdemokraten geklärt; und ebenso war die Majorität, entsprechend der Zusammensetzung der Regierung, aus Gruppen der Rechten, des Centrums und der Linken gebildet. Das Charakteristische des neuen Kabinetts Rudini ist der Eintritt Zanardelli's, eines Gruppenführers der Linken, der mit dreien seiner Anhänger Ministerpostentwürfe abgenommen hat. Im letzten Sommer war zwischen Zanardelli, Giolitti und den übrigen Gruppenführern der Linken eine vorläufige grundsätzliche Verständigung erzielt worden, die dahin ging, die gemeinsame Linie mit Ausschluß der radikal-sozialistischen Elemente auf einer breiten gemeinsamen Grundlage zusammenzufassen, um die verdrängten persönlichen Nebenbuhlerheiten zu beiseite zu lassen und eine gesunde Scheidung der Parteien auf sachlicher Basis herbeizuführen. Aus dieser Verständigung ergibt sich, dass zwischen Zanardelli und den übrigen Führern der Linken grundsätzliche Übereinstimmung in allen wichtigen politischen Aufgaben besteht. Dennoch vereinigen sich sofort die nicht zur Regierung bestimmten Gruppenführer der Linken zur Opposition, als Zanardelli kein Bedenken trug, mit seinen nächststehenden Freunden in das Kabinete Rudini einzutreten. Die beabsichtigte Minoritätenstellung der Kammer hätte also nur einen persönlichen Charakter tragen können; sie hätte dem Lande nicht angezeigt, welches der Willkür des Parlamentes ist, sondern von denen dargehen, daß es nur rein persönliche Beweggründe sind, aus denen die Ministerstellen entziehen. Mit Recht erklärte der Ministerpräsident Rudini, man verhandele über die Personen, nicht über die Ideen. In der That muß bei einer rein sachlichen Stellungnahme eine Opposition um so weniger gerechtfertigt erscheinen, als Rudini ausdrücklich versichert, daß sich das Kabinete über alle wesentlichen, das politische Programm bildenden Punkte in Übereinstimmung befindet und als man doch erst hätte abwarten müssen, in welcher Weise dieses Programm verwirklicht werden würde. Die Beobachtung des rein parlamentarischen Regierungssystems einerseits und andererseits die Parteizersplitterung zwingt jeden italienischen Staatsmann, der zur Kabinetsbildung berufen ist, ein Koalitionsministerium zu konstruieren, das sich auf eine Anzahl von Gruppen stützt, die zusammen die Mehrheit bilden. Ein Ministerium aus lauter Männern der Rechten, bemerkt Rudini, ist unmöglich, denn die Rechte sei unter sich selbst uneins; überhaupt, sagte er hinzu, sei ein Ministerium von ausgeprochenen Parteigenossen in der gegenwärtigen Kammer unmöglich, weil das Land nicht mehr an die alten Parteien glaube.

den letzten die weiteren Schritte des Reichsherrn der parlamentarischen Nation zu, weil derselbe der bestimmte Ausgangspunkt für die Ausübung der von ihm zu leistenden Aufgaben ist. Berlin. Die „Reichs-Post“ auf das Beitritt zur Mittelmächte kann, wird der Reichsminister Jaurès wohl auch weiter auf seinem Posten verbleiben und in der Ausführung seiner Amtspflichten die ihm jetzt so nötige Unterstützung finden. Anlässlich des Todes seiner Gemahlin ist dem Reichsminister vom Kaiser gestern Abend aus Braunschweig ein überaus herzliches Beileidsgramm zugegangen. — Der Lage in Ostasien schreibt die „Reichs-Post“: Ein gemeinsames Bündnis mit Rußland zu einer parallelen Aktion gegen China, von dem einzelne Mächte bereits handeln, hat keineswegs vorliegen. Das war indessen nach vorangegangener Einverständnis mit Rußland die Expedition nach China angetreten haben, braucht um so weniger vertrieben zu werden, als daraus schon jetzt Laogang kein Hehl gemacht wurde. Es ist ja auch ganz klar, daß Deutschland als aufstrebende Seemacht nicht nurlos sich erlauben überreichen Gefahren aussetzen konnte. Weitergehende Schritte aus dieser Verständigung ziehen zu wollen würde jedoch nicht zulässig sein. Ebenso falsch wie die Nachricht von einem mit den geschlossenen Bündnis Deutschlands und Rußlands ist die andere Nachricht, welche von einem Wiederansehen der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich die Rede ist. Die Kontinente der Kommissare Deutschlands und Österreich-Ungarns über die künftigen Ausdehnungen sind beendet. Obgleich ein definitiver Beschluß der Kaiser der Sache noch nicht getroffen werden konnte, wird das Ergebnis der Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen beider Mächte als ein zufriedenstellendes bezeichnet. Die internationale Konferenz soll angeblich in Brüssel zusammengetreten. — Die Berliner radikale Anarchisten haben heute beschlossen, die in Aussicht genommene Parade der Stadt Berlin von 60 Millionen Mark in 3% Prozent auszugeben mit einer Tilgungsquote von 1/3 Prozent. — Der bekannte Verbindungsorgan des Reichsministerialrat Dr. Lippert wider den Schmittler Dr. Alfred Reppert, der unter dem Pseudonym Herr Scheib, beschäftigt heute abends das hiesige Schöffengericht. Dr. Reppert seiner Zeit die vielbesprochene Dreizehn-Minute Liebling's zum Gegenstand einer Erörterung in der „Frankf. Ztg.“ gemacht und dabei angebeutet, daß nach einer in maßhaltigen Kreisen aufgestellten Behauptung gewisse Ministerialrat der Verbindung zugehörig seien. Diese Unterstellung wurde von Dr. Reppert in einer gemeinsamen Erklärung mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen. Daraus erzielte eine Antwort des Dr. Reppert, in welcher dieser die Schmittler Dr. Lippert und Dr. Lippert direkt benannte, daß sie sich gefallen lassen, wenn ausübende Richter, deren Leistungen sie zu bezeichnen haben, ihnen Geldverwehren zu machen. In dem mancher diese Spenden von den Ministern als unerlässliche Vorbedingung für eine wohlwollende Kritik betrachtet wurden. Lippert, der alsbald in einer öffentlichen Erklärung diese Behauptungen für Lügen und Verleumdungen erklärt hatte, strengte gegen Dr. Reppert Klage an. Dieser erwiderte mit einer Widerlegung wegen der Lippert'schen Erklärung. Am 21. Juni hatte bereits eine umfangreiche Verhandlung vor dem Schöffengericht stattgefunden, in welcher zahlreiche Zeugen vernommen wurden. Da die Parteien damals auf eine Reihe weiterer Zeugen, die nicht zur Stelle waren, nicht verzichteten, mußte die Sache verlagert werden. Zum heutigen Termin sind 31 Zeugen und 1 Sachverständige geladen. Von den Zeugen fehlt wieder eine große Anzahl, darunter der Oberstaatsanwalt, Frau Reppert und Intendantendirektor Pierson, welcher mitgeteilt hat, daß er in seiner Eigenschaft als Intendantendirektor der Königl. Oper erst von der Pflicht der Amtspflichtentbindung entbunden werden müßte. Unter den anwesenden Zeugen befindet sich der Tenorist Bödel, welcher angeht, als er vor 6 oder 7 Jahren in Berlin aufgetreten wäre, habe er auf Rath des Theaterdirektors Engel Lippert einen Besuch gemacht und von demselben in etwa zwei Stunden gute Rathschläge und Lehren in Empfang genommen. Er habe in diesem kurzen Zeitraume mehr gelernt, als bei einem italienischen Professor in zwei Monaten. Er habe sich für verpflichtet gehalten, ihm für diese guten Dienste 50 Mark ansonnen zu zahlen. Lippert erklärt sein höchstes Erstaunen darüber, daß die 50 Mark, die er damals erhalten, von Herrn Bödel herabgegeben. Auf der betreffenden Verhandlung habe er nachher sein Wissen mit Bödel geteilt, er habe gehört, daß Hans v. Bülow die ganze Sache beobachtet und habe nachher gesagt, daß dieser ihm das Geld als Ersatz für seine Aufklärung geschickt habe. Nachdem die Beweisannahme beendet war, gab der Vorsitzende den Rath, die Sache, die doch nun volle Aufklärung erhalten habe, durch einen Vergleich abzuwickeln. Diese Anregung hatte Erfolg. Die Privatklage nahmen ihre Klagen zurück und übernahmen die Kosten des Verfahrens. Lippert gab die Kosten der Widerlage. Reppert nimmt ebenso die Widerlage zurück und der Gerichtshof erkennt auf Einstellung des Verfahrens.

„Eine reine Seele“  
von Ida von Ed  
„Die Juwelen der Familie Danvers“  
aus dem Englischen von Bar, überetzt von G. von R.  
Beland'scher Verlag  
Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“,  
38 Marienstrasse 38.

Politik.

den letzten die weiteren Schritte des Reichsherrn der parlamentarischen Nation zu, weil derselbe der bestimmte Ausgangspunkt für die Ausübung der von ihm zu leistenden Aufgaben ist. Berlin. Die „Reichs-Post“ auf das Beitritt zur Mittelmächte kann, wird der Reichsminister Jaurès wohl auch weiter auf seinem Posten verbleiben und in der Ausführung seiner Amtspflichten die ihm jetzt so nötige Unterstützung finden. Anlässlich des Todes seiner Gemahlin ist dem Reichsminister vom Kaiser gestern Abend aus Braunschweig ein überaus herzliches Beileidsgramm zugegangen. — Der Lage in Ostasien schreibt die „Reichs-Post“: Ein gemeinsames Bündnis mit Rußland zu einer parallelen Aktion gegen China, von dem einzelne Mächte bereits handeln, hat keineswegs vorliegen. Das war indessen nach vorangegangener Einverständnis mit Rußland die Expedition nach China angetreten haben, braucht um so weniger vertrieben zu werden, als daraus schon jetzt Laogang kein Hehl gemacht wurde. Es ist ja auch ganz klar, daß Deutschland als aufstrebende Seemacht nicht nurlos sich erlauben überreichen Gefahren aussetzen konnte. Weitergehende Schritte aus dieser Verständigung ziehen zu wollen würde jedoch nicht zulässig sein. Ebenso falsch wie die Nachricht von einem mit den geschlossenen Bündnis Deutschlands und Rußlands ist die andere Nachricht, welche von einem Wiederansehen der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich die Rede ist. Die Kontinente der Kommissare Deutschlands und Österreich-Ungarns über die künftigen Ausdehnungen sind beendet. Obgleich ein definitiver Beschluß der Kaiser der Sache noch nicht getroffen werden konnte, wird das Ergebnis der Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen beider Mächte als ein zufriedenstellendes bezeichnet. Die internationale Konferenz soll angeblich in Brüssel zusammengetreten. — Die Berliner radikale Anarchisten haben heute beschlossen, die in Aussicht genommene Parade der Stadt Berlin von 60 Millionen Mark in 3% Prozent auszugeben mit einer Tilgungsquote von 1/3 Prozent. — Der bekannte Verbindungsorgan des Reichsministerialrat Dr. Lippert wider den Schmittler Dr. Alfred Reppert, der unter dem Pseudonym Herr Scheib, beschäftigt heute abends das hiesige Schöffengericht. Dr. Reppert seiner Zeit die vielbesprochene Dreizehn-Minute Liebling's zum Gegenstand einer Erörterung in der „Frankf. Ztg.“ gemacht und dabei angebeutet, daß nach einer in maßhaltigen Kreisen aufgestellten Behauptung gewisse Ministerialrat der Verbindung zugehörig seien. Diese Unterstellung wurde von Dr. Reppert in einer gemeinsamen Erklärung mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen. Daraus erzielte eine Antwort des Dr. Reppert, in welcher dieser die Schmittler Dr. Lippert und Dr. Lippert direkt benannte, daß sie sich gefallen lassen, wenn ausübende Richter, deren Leistungen sie zu bezeichnen haben, ihnen Geldverwehren zu machen. In dem mancher diese Spenden von den Ministern als unerlässliche Vorbedingung für eine wohlwollende Kritik betrachtet wurden. Lippert, der alsbald in einer öffentlichen Erklärung diese Behauptungen für Lügen und Verleumdungen erklärt hatte, strengte gegen Dr. Reppert Klage an. Dieser erwiderte mit einer Widerlegung wegen der Lippert'schen Erklärung. Am 21. Juni hatte bereits eine umfangreiche Verhandlung vor dem Schöffengericht stattgefunden, in welcher zahlreiche Zeugen vernommen wurden. Da die Parteien damals auf eine Reihe weiterer Zeugen, die nicht zur Stelle waren, nicht verzichteten, mußte die Sache verlagert werden. Zum heutigen Termin sind 31 Zeugen und 1 Sachverständige geladen. Von den Zeugen fehlt wieder eine große Anzahl, darunter der Oberstaatsanwalt, Frau Reppert und Intendantendirektor Pierson, welcher mitgeteilt hat, daß er in seiner Eigenschaft als Intendantendirektor der Königl. Oper erst von der Pflicht der Amtspflichtentbindung entbunden werden müßte. Unter den anwesenden Zeugen befindet sich der Tenorist Bödel, welcher angeht, als er vor 6 oder 7 Jahren in Berlin aufgetreten wäre, habe er auf Rath des Theaterdirektors Engel Lippert einen Besuch gemacht und von demselben in etwa zwei Stunden gute Rathschläge und Lehren in Empfang genommen. Er habe in diesem kurzen Zeitraume mehr gelernt, als bei einem italienischen Professor in zwei Monaten. Er habe sich für verpflichtet gehalten, ihm für diese guten Dienste 50 Mark ansonnen zu zahlen. Lippert erklärt sein höchstes Erstaunen darüber, daß die 50 Mark, die er damals erhalten, von Herrn Bödel herabgegeben. Auf der betreffenden Verhandlung habe er nachher sein Wissen mit Bödel geteilt, er habe gehört, daß Hans v. Bülow die ganze Sache beobachtet und habe nachher gesagt, daß dieser ihm das Geld als Ersatz für seine Aufklärung geschickt habe. Nachdem die Beweisannahme beendet war, gab der Vorsitzende den Rath, die Sache, die doch nun volle Aufklärung erhalten habe, durch einen Vergleich abzuwickeln. Diese Anregung hatte Erfolg. Die Privatklage nahmen ihre Klagen zurück und übernahmen die Kosten des Verfahrens. Lippert gab die Kosten der Widerlage. Reppert nimmt ebenso die Widerlage zurück und der Gerichtshof erkennt auf Einstellung des Verfahrens.

Die unentbehrliche Voraussetzung eines rein parlamentarischen Regierungssystems ist das Vorhandensein zweier von großen politischen Gesichtspunkten und Interessen einheitlich zusammengehaltenen Parteien. Wo zwei solche formale Parteien, die abwechselnd als Regierungsmajorität und oppositionelle Minorität funktionieren, fehlen, ist eine einigermaßen feste und dauernde Regierung unmöglich. Die Geschichte des italienischen Parlamentarismus beweist das. In Italien ist jene Voraussetzung nicht gegeben. Die meisten Regierungskabinete entstehen dort aus dem Mangel einer homogenen parlamentarischen Mehrheit. Die harte Parteizersplitterung in der italienischen Volkswahlweise beruht, abgesehen von dem kleinen Schaftlein der Republikaner und Sozialdemokraten, weniger auf tiefgehenden prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten und unversöhnlichen Interessengegensätzen, als auf unterschieden persönlicher und provinzieller Natur. Zwei unmittelbar aufeinander folgende Kabinete unterscheiden sich meist nicht durch ihr Programm, das im Wesentlichen dasselbe bleibt, sondern bloß dadurch, daß die Namen der Minister andere geworden sind. Nicht die Parteien mit bestimmten treu festgehaltenen Programmen wechseln in der italienischen Staatsverwaltung, sondern die Persönlichkeiten. Das kann nicht anders sein, weil die größeren Parteigruppen, aus denen die Minister hervorgehen, keine im Wesentlichen von einander abweichenden Programme haben. Was man heute in Italien nach altem Herkommen als Rechte und Linke bezeichnet, bildet in Wahrheit nur eine große liberale Partei; die Verschiedenheit besteht in den Führern und allenfalls in der Art, wie dieselben Grundzüge in der Verwaltung zur Geltung gebracht werden sollen. Diejenigen, welche die Gegenpartei der Liberalen bilden müßten, Konservative oder Sozialisten, fehlen vollständig im italienischen Parliamente. Die äußerste revolutionäre Linke ist numerisch zu schwach und steht in vielen Fragen dem linken Flügel der Liberalen zu nahe, um als Gegenpartei gelten zu können. Alle Parteigruppen, die als regierungsfähig anzuweisen sind, stimmen schon seit längerer Zeit in den Grundzügen der Regierungspolitik überein. Die Regierungskreise sind nichts Anderes, als die Ergebnisse der Kämpfe der um die Herrschaft streitenden Führer der einzelnen Gruppen; in Worten suchen sich diese Führer zwar als Vertreter himmelweit verschiedener Grundzüge und Programme hinstellen; diese Grundzüge können aber nicht näher bezeichnet werden, weil sie im Grunde dieselben sind. Die meisten Kabinete der letzten Jahre waren Koalitionsministerien, die sich nur dadurch von einander unterscheiden, daß in ihnen einzelne Parteigruppen stärker oder schwächer oder gar nicht vertreten waren. Als sich das Kabinete Rudini am Montag in seiner neuesten Gestalt der Volksvertretung vorstellte, wurde ihm der Vorwurf gemacht, daß es kein Programm besitze. Dieser Vorwurf ist insofern unbedeutend, als die neue Regierung, die sich aus fünf Mitgliedern der Rechten, einem Führer des linken Centrums und vier Mitgliedern der Linken zusammensetzt, beim besten Willen in den grundlegenden politischen Fragen gar kein anderes Programm haben kann, als dasjenige, auf dem sich die Mehrheit der die Opposition bildenden Gruppen zusammengefunden hat, für deren gegenseitige Haltung zur Regierung lediglich persönliche Gründe

Reichs- und Fernprems-Berichte vom 22. Dezember.  
\* Wien. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Dortmund: Auf der Besche Kaiserstuhl wurden durch schlagende Wetter 20 Mann betroffen. Bisher sind 8 Tote und 7 Verletzte demontriert worden.  
\* Berlin. Die gestrige Annahme des Reichs bei seiner Begrüßung durch den Bürgermeister von Gaudenz lautete: „Ich danke Ihnen für die freundlichen Worte, die Sie mir dargebracht haben, für die treue Bekanntschaft, die Sie mir auszuwachen haben. Sie haben recht, Gaudenz ist eine Stadt mit reicher historischer Vergangenheit, der von dem General, welcher im Jahre 1807 die Besche hielt, der Stempel aufgedrückt wurde. Zweimal hat die Bürgerwehr mit zum Hülfe der Besche beigetragen. Meine Fürsorge für die Stadt geht dahin, sie als Festungstadt immer reicher auszugestalten — und deshalb auch mein heutiger Besuch reichlich Gaudenz bei einer künftigen Bedrohung widerstehen kann. Ich hoffe jedoch, daß es dazu nie kommen wird, denn unser Nachbar im Osten, ein lieber und getreuer Freund von mir, hat dieselben politischen Ansichten wie ich. Ich sage Ihnen hiermit meinen besten Dank für die schöne Auszeichnung der Stadt und für den freundlichen Empfang und bitte Sie, der ganzen Bevölkerung meinen Dank zu übermitteln.“ — Die Nachricht, daß Prinz Heinrich zum Oberbefehlshaber der sämtlichen in Ostasien vereinigten Streitkräfte Deutschlands auszuwählen worden sei, wird offiziell als unbegründet erklärt. Hinsichtlich der weiteren Meldung, daß das vorläufige Endziel der unter dem Befehle des Prinzen Heinrich liegenden Schiffe Hongkong sei, und der hieran geknüpften Bemerkungen, wird darauf hingewiesen, daß dieser Hafen in Folge seiner Lage immer das Ziel für neue, in Ostasien eintreffende Schiffe bleibt. In diesem Hafen gehen

den letzten die weiteren Schritte des Reichsherrn der parlamentarischen Nation zu, weil derselbe der bestimmte Ausgangspunkt für die Ausübung der von ihm zu leistenden Aufgaben ist. Berlin. Die „Reichs-Post“ auf das Beitritt zur Mittelmächte kann, wird der Reichsminister Jaurès wohl auch weiter auf seinem Posten verbleiben und in der Ausführung seiner Amtspflichten die ihm jetzt so nötige Unterstützung finden. Anlässlich des Todes seiner Gemahlin ist dem Reichsminister vom Kaiser gestern Abend aus Braunschweig ein überaus herzliches Beileidsgramm zugegangen. — Der Lage in Ostasien schreibt die „Reichs-Post“: Ein gemeinsames Bündnis mit Rußland zu einer parallelen Aktion gegen China, von dem einzelne Mächte bereits handeln, hat keineswegs vorliegen. Das war indessen nach vorangegangener Einverständnis mit Rußland die Expedition nach China angetreten haben, braucht um so weniger vertrieben zu werden, als daraus schon jetzt Laogang kein Hehl gemacht wurde. Es ist ja auch ganz klar, daß Deutschland als aufstrebende Seemacht nicht nurlos sich erlauben überreichen Gefahren aussetzen konnte. Weitergehende Schritte aus dieser Verständigung ziehen zu wollen würde jedoch nicht zulässig sein. Ebenso falsch wie die Nachricht von einem mit den geschlossenen Bündnis Deutschlands und Rußlands ist die andere Nachricht, welche von einem Wiederansehen der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich die Rede ist. Die Kontinente der Kommissare Deutschlands und Österreich-Ungarns über die künftigen Ausdehnungen sind beendet. Obgleich ein definitiver Beschluß der Kaiser der Sache noch nicht getroffen werden konnte, wird das Ergebnis der Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen beider Mächte als ein zufriedenstellendes bezeichnet. Die internationale Konferenz soll angeblich in Brüssel zusammengetreten. — Die Berliner radikale Anarchisten haben heute beschlossen, die in Aussicht genommene Parade der Stadt Berlin von 60 Millionen Mark in 3% Prozent auszugeben mit einer Tilgungsquote von 1/3 Prozent. — Der bekannte Verbindungsorgan des Reichsministerialrat Dr. Lippert wider den Schmittler Dr. Alfred Reppert, der unter dem Pseudonym Herr Scheib, beschäftigt heute abends das hiesige Schöffengericht. Dr. Reppert seiner Zeit die vielbesprochene Dreizehn-Minute Liebling's zum Gegenstand einer Erörterung in der „Frankf. Ztg.“ gemacht und dabei angebeutet, daß nach einer in maßhaltigen Kreisen aufgestellten Behauptung gewisse Ministerialrat der Verbindung zugehörig seien. Diese Unterstellung wurde von Dr. Reppert in einer gemeinsamen Erklärung mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen. Daraus erzielte eine Antwort des Dr. Reppert, in welcher dieser die Schmittler Dr. Lippert und Dr. Lippert direkt benannte, daß sie sich gefallen lassen, wenn ausübende Richter, deren Leistungen sie zu bezeichnen haben, ihnen Geldverwehren zu machen. In dem mancher diese Spenden von den Ministern als unerlässliche Vorbedingung für eine wohlwollende Kritik betrachtet wurden. Lippert, der alsbald in einer öffentlichen Erklärung diese Behauptungen für Lügen und Verleumdungen erklärt hatte, strengte gegen Dr. Reppert Klage an. Dieser erwiderte mit einer Widerlegung wegen der Lippert'schen Erklärung. Am 21. Juni hatte bereits eine umfangreiche Verhandlung vor dem Schöffengericht stattgefunden, in welcher zahlreiche Zeugen vernommen wurden. Da die Parteien damals auf eine Reihe weiterer Zeugen, die nicht zur Stelle waren, nicht verzichteten, mußte die Sache verlagert werden. Zum heutigen Termin sind 31 Zeugen und 1 Sachverständige geladen. Von den Zeugen fehlt wieder eine große Anzahl, darunter der Oberstaatsanwalt, Frau Reppert und Intendantendirektor Pierson, welcher mitgeteilt hat, daß er in seiner Eigenschaft als Intendantendirektor der Königl. Oper erst von der Pflicht der Amtspflichtentbindung entbunden werden müßte. Unter den anwesenden Zeugen befindet sich der Tenorist Bödel, welcher angeht, als er vor 6 oder 7 Jahren in Berlin aufgetreten wäre, habe er auf Rath des Theaterdirektors Engel Lippert einen Besuch gemacht und von demselben in etwa zwei Stunden gute Rathschläge und Lehren in Empfang genommen. Er habe in diesem kurzen Zeitraume mehr gelernt, als bei einem italienischen Professor in zwei Monaten. Er habe sich für verpflichtet gehalten, ihm für diese guten Dienste 50 Mark ansonnen zu zahlen. Lippert erklärt sein höchstes Erstaunen darüber, daß die 50 Mark, die er damals erhalten, von Herrn Bödel herabgegeben. Auf der betreffenden Verhandlung habe er nachher sein Wissen mit Bödel geteilt, er habe gehört, daß Hans v. Bülow die ganze Sache beobachtet und habe nachher gesagt, daß dieser ihm das Geld als Ersatz für seine Aufklärung geschickt habe. Nachdem die Beweisannahme beendet war, gab der Vorsitzende den Rath, die Sache, die doch nun volle Aufklärung erhalten habe, durch einen Vergleich abzuwickeln. Diese Anregung hatte Erfolg. Die Privatklage nahmen ihre Klagen zurück und übernahmen die Kosten des Verfahrens. Lippert gab die Kosten der Widerlage. Reppert nimmt ebenso die Widerlage zurück und der Gerichtshof erkennt auf Einstellung des Verfahrens.

WILHELM'S  
Kleinere Kinderbücher.  
Dresdner Malerei-Gesellschaft, Plumb, Buchverlag, 79.